

1945 Das Ende des Zweiten Weltkrieges, Deutschlands Zusammenbruch und die zweite Wiederherstellung des polnischen Staates*

von Peter Böhning

Das Jahr 1945 als ein Wendepunkt der deutsch-polnischen Beziehungen! Auf den ersten Blick leuchtet diese Zäsur unmittelbar ein. Nehmen wir das Bild des Wendepunktes jedoch ernst — es wird ein Punkt erreicht, an dem eine andere Richtung eingeschlagen wird, bis hin zur völligen Umkehr —, so können auch Zweifel aufkommen. Man könnte auch von einem absoluten Tiefpunkt in einer ansonsten geradlinigen Entwicklung sprechen. Eine befriedigende Antwort wird eher im Kontext der gesamten Tagung zu finden sein, aber die Frage ist selbstverständlich auch von 1945 her zu diskutieren.

Das Jahr 1945 als Zäsur ist besonders überzeugend, wenn man zunächst separat auf Polen und Deutschland blickt. Die ungeheuren Umbrüche und Verwerfungen, die jetzt manifest werden, markieren einen tiefen Einschnitt in der jeweiligen nationalstaatlichen und auch gesellschaftlichen Entwicklung. Das nationalsozialistische Deutschland hat diese Veränderungen heraufbeschworen, aber wie Polen schon von Anfang an den Entscheidungen der übermächtigen Nachbarn ausgeliefert war, so verlor auch das Deutsche Reich spätestens nach zwei Kriegsjahren die Initiative und das Gesetz des Handelns zunehmend an seine Gegner. Beider Schicksal und damit dann auch ihre Beziehungen zueinander in den Nachkriegsjahren waren in hohem Maße von externen Faktoren abhängig, von den Interessen anderer Mächte bestimmt. Um die entsprechenden Schlüsselereignisse und -entscheidungen gegen Kriegsende zu vergegenwärtigen, ist es erforderlich, die Mächte- und Interessenkonstellation in den vorangegangenen Jahren in Umrissen darzustellen.

Mit der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation (unconditional surrender), die Roosevelt im Januar 1943 auf der Casablanca-Konferenz zum erstenmal öffentlich formulierte und der auch Stalin auf der Teheran-Konferenz (28.11.–1.12.1943) zustimmte, schied das Deutsche Reich erklärtermaßen als aktiver Partner einer zukünftigen Friedensgestaltung

* Die Literatur zu den in diesem Vortrag angesprochenen Ereignissen, Sachverhalten, Problemen ist äußerst umfangreich. Ich verzichte darauf, Literaturhinweise in größerem Umfang zu geben, und beschränke mich im folgenden nur auf wenige Anmerkungen und den Nachweis direkter Zitate.

aus. Dies um so mehr, als die Goebbels-Propaganda das Stichwort sofort aufnahm und mit der Proklamierung des totalen Krieges die Entwicklung sogar noch verschärfte.

Aber auch das mit seinen verbliebenen Mitteln und Kräften auf der Seite der Alliierten weiterkämpfende Polen gewann kaum Einfluß auf politische Entscheidungen. Die Neuordnung bzw. Neugestaltung der deutschen und der polnischen Verhältnisse und auch der gegenseitigen Beziehungen nach Kriegsende vollzog sich im Rahmen einer globalen Neuordnung, resultierte aus den militärischen und politischen Entscheidungen der Alliierten, insbesondere der USA, der Sowjetunion und Großbritanniens. Die politischen Entscheidungen, die sie letztendlich und definitiv auf der Potsdamer Konferenz (17.7.–2.8.1945) trafen, wurden vorbereitet v.a. auf den Konferenzen von Teheran (s.o.) und Jalta (4.–11.2.1945).

In Jalta traten Gegensätze zwischen der Sowjetunion und den westlichen Alliierten hervor, die schon früher angelegt waren. Abgesehen von den verschiedenen ideologischen Positionen, waren sie das Ergebnis unterschiedlicher Interessen und Interessengewichtungen. Diese unterschiedlichen Gewichtungen hatten den militärischen Verlauf des Krieges bis dahin wesentlich beeinflußt, insbesondere nachdem die Initiative an die Alliierten übergegangen war. Zur Bewertung der in Jalta und Potsdam gefaßten Beschlüsse empfiehlt es sich daher, Situation und Handlungsmotive der Alliierten während der verschiedenen Phasen des Krieges kurz zu beleuchten.

Von den Großen Drei war zunächst nur Großbritannien direkt von der deutschen Aggression betroffen. Es war bei der Battle of England noch weitgehend auf sich gestellt,¹ und erst bei dem folgenden U-Boot-Krieg der Atlantikschlacht setzte verstärkt materielle Hilfe der USA ein. Aber selbst der Lend-Lease-Act vom März 1941 konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den Vereinigten Staaten vorerst noch die isolationistischen Kräfte das Übergewicht hatten.

Eine Wende trat mit dem Sommer 1941 ein. Durch den deutschen Überfall vom 22. Juni wurde die Sowjetunion aus einem Komplizen nationalsozialistischer Politik selbst zum Opfer der Aggression und im folgenden zum Hauptkriegsgegner. Im pazifischen Raum spitzte sich der seit längerem schwelende Interessenkonflikt zwischen den USA und Japan dramatisch zu. Die USA leiteten im Juli eine umfassende Wirtschaftsblockade gegenüber Japan ein: Handelsembargo, Unterbrechung aller japanischen

¹ Hier sollte allerdings nicht unerwähnt bleiben, daß eine kleine Gruppe polnischer Piloten sehr erfolgreich auf englischer Seite gekämpft hat.

Ölimporte (in Kooperation mit den Engländern und den Niederländern), Einfrieren der japanischen Guthaben in den USA. Damit hatte der Inselstaat praktisch nur noch die Wahl zwischen einem endgültigen Verzicht auf den angestrebten großasiatischen Wirtschaftsraum und einer militärischen Auseinandersetzung.

Es soll hier nicht weiter erörtert werden, welche Alternativen für die amerikanische Politik bestanden angesichts der eigenen ökonomischen und militärischen Interessen im Pazifik und der Tatsache, daß Japan seit September 1940 mit dem Deutschen Reich und Italien im Drei-Mächte-Pakt verbunden war. Jedenfalls hätte ein Verzicht auf die militärische Konfrontation mit Japan einerseits dessen Position auf weitere Sicht zunehmend gestärkt, andererseits alle Kräfte der Amerikaner für eine Kriegsführung in Europa freigemacht — vorausgesetzt, die Interventionisten hätten sich unter diesen Umständen durchgesetzt. Wie auch immer: spätestens seit Ende November wußte der amerikanische Geheimdienst, daß die Japaner angreifen würden, und der Überfall auf Pearl Harbor war insofern keine Überraschung. Da nach Meinung Hitlers und Mussolinis jetzt der Drei-Mächte-Pakt wirksam wurde, befanden sich die USA seit dem 11. Dezember 1941 mit allen Achsenmächten im Krieg.

Der von nun an zeitlich parallel verlaufende Krieg im Pazifik hatte beträchtliche Auswirkungen auf die militärischen und schließlich auch die politischen Entscheidungen in Europa. Japans Aggression und Expansion auf dem asiatischen Festland (Mandschurei, China, Burma, Indochina) und in der Inselwelt (insbesondere Philippinen und Indonesien) band einen großen Teil der Kräfte der USA, aber auch Großbritanniens. Dieses Engagement führte sofort zu einer unerhörten Ankurbelung der amerikanischen Rüstungsindustrie (der Verlust der Pazifikflotte war in kurzer Zeit durch weitaus modernere Einheiten mehr als ausgeglichen), was sich bald auch auf den europäischen Kriegsschauplätzen bemerkbar machte. Die Entscheidungen für ein direktes militärisches Eingreifen der USA in Europa dürften aber — abgesehen vom Bombenkrieg — v.a. durch ihre Bindung im Pazifik hinausgeschoben worden sein.

Die Konferenz in Casablanca (14.–24.1.1943) markierte das Ende der deutschen und italienischen Präsenz in Afrika. Die dort getroffene Entscheidung für eine Invasion Siziliens und Italiens leitete eine lange und mühevollere Eroberung der Apenninhalbinsel ein. Man gewann damit neue Basen für die amerikanischen Langstreckenbomber, die von dort aus z.B. die Ölfelder von Ploesti (Rumänien) bombardierten; aber das war nicht die von Stalin dringend gewünschte zweite Front. Diese zweite Front kam bekanntlich erst im Sommer 1944 zustande: ab 6. Juni mit der Operation Overlord in der Normandie und ab 12. August mit der Operation Dra-

goon in Südfrankreich. Abgesehen von Italien lag also die verlustreiche Bodenkriegführung auf alliierter Seite bis zum Sommer 1944 allein bei der Sowjetunion. Nachdem die letzte deutsche Großoffensive im Kursk-Bogen steckengeblieben war (Juli 1943), war die Rote Armee an allen Fronten auf dem Vormarsch. Im Juli 1944 erreichte sie erstmals Gebiete jenseits der Curzon-Linie. Das in Moskau eingesetzte Polnische Komitee der nationalen Befreiung (PKWN), auch Lubliner Komitee genannt, weil es dort in der ersten Phase nach der Befreiung seinen Sitz hatte, wurde die Keimzelle der späteren polnischen Regierung. Schon mit diesem Komitee schloß die sowjetische Regierung am 27. Juli 1944 einen Grenzvertrag, „in dem die Ostgrenze Polens den Wünschen der Sowjetunion entsprechend gezogen, die Teilung Ostpreußens und der Übergang Danzigs an Polen verabredet und zudem die Westgrenze Polens an Oder und Neiße unter ausdrücklichem Einschluß von Stettin vorgesehen wurden“.²

Dieser Vertrag blieb bei den Westmächten zunächst unbekannt, wurde von Stalin auch in Jalta verschwiegen. Nichtsdestoweniger war die Richtung der sowjetischen Politik längst klar. Im April 1943 hatte Stalin die diplomatischen Beziehungen zur polnischen Exilregierung in London abgebrochen, angeblich wegen ihrer Haltung in der Katyn-Frage. Der eigentliche Grund war jedoch zweifellos, daß die Exilregierung sich weiterhin weigerte, den sowjetischen Gebietsforderungen zuzustimmen, Forderungen, die Stalin auch gegenüber Roosevelt und Churchill Ende November 1943 auf der Teheran-Konferenz bekräftigte. So hatte die amerikanische und britische Politik schon vor Beginn der Jalta-Konferenz beträchtlich an Handlungsspielraum verloren.

Die Rote Armee stand zu diesem Zeitpunkt an einigen Stellen an den Vorkriegsgrenzen des Deutschen Reichs und schickte sich an, die zusammenbrechende deutsche Front zu überrennen. Die Frage der polnischen Ostgrenze wurde in Jalta mit der Anerkennung der Curzon-Linie auch politisch bereits entschieden, und über eine notwendige Kompensation für Polen auf Kosten Deutschlands herrschte grundsätzlich Übereinstimmung. Daß es noch Unklarheiten hinsichtlich des Kompensationsumfanges gab (Gebiet von Stettin, östliche oder westliche Neiße als Grenzfluß), sollte man nicht zu stark als tiefgehende Meinungsverschiedenheit der Alliierten interpretieren. Immerhin hatten Experten des State Department zur Vorbereitung der Jalta-Konferenz u.a. schon den Vorschlag der Linie

² Gotthold Rhode, Die deutsch-polnischen Beziehungen von 1945 bis in die achtziger Jahre, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/12 (1988), S. 5 f. Der Aufsatz enthält umfangreiche Literaturangaben.

Oder-Lausitzer Neiße gemacht. Etwas mehr Spielraum schien es in Jalta noch bei der innenpolitischen Gestaltung des zukünftigen polnischen Staates zu geben. Roosevelt und Churchill konnten die Beteiligung von Mitgliedern der Londoner Exilregierung an der neu zu bildenden provisorischen Regierung der nationalen Einheit erreichen; ein Zugeständnis Stalins allerdings, dessen Bedeutungslosigkeit durch die Faktizität des weiteren Geschehens schnell offenbar wurde.

Der Verlauf und die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz ließen die politische Konstellation klar hervortreten. Der Kriegsgegner Deutschland war kein Verhandlungspartner. Das Reich hatte mit der bedingungslosen Kapitulation am 7. und 8. Mai 1945 aufgehört zu existieren. Der neue polnische Staat war durch eine kommunistisch dominierte Delegation unter Leitung von Bolesław Bierut vertreten, die zu den Polen betreffenden Punkten angehört wurde. Die westlichen Alliierten akzeptierten die neue polnische Westgrenze an Oder und Lausitzer Neiße faktisch ebenso wie die Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung, die bereits in vollem Gange war und nur in geordnete Bahnen gelenkt werden sollte.

Augenfällig wurde auch noch einmal das amerikanische Engagement im Pazifik. Der neue Präsident Truman und sein erst Anfang Juli 1945 ernannter Außenminister Byrnes kamen mit dem Hauptziel nach Potsdam, den Vereinigten Staaten einen baldigen Rückzug aus Europa zu ermöglichen. Am 24. Juli gab Präsident Truman Stalin den bevorstehenden Abwurf der Atombombe bekannt. Nachdem Stalin den versprochenen Kriegseintritt gegen Japan immer wieder hinausgeschoben hatte, war das Projekt S 1³ bis dahin streng geheim gehalten worden, weil das Pentagon die Sowjets jetzt nicht mehr an der Entscheidung beteiligen wollte. Das hinderte Stalin jedoch nicht daran, den Japanern am 9. August noch den Krieg zu erklären, um bei der Liquidierung des Großjapanischen Reiches dabei zu sein. Ob die beiden Atombombenabwürfe militärisch notwendig waren, wird immer umstritten bleiben und damit auch die Hypothese, sie seien in erster Linie eine Machtdemonstration gegenüber der Sowjetunion gewesen. Sicher ist jedoch, daß die Schatten des Kalten Krieges in Potsdam für alle sichtbar wurden. Die Entscheidungen über Deutschlands und Polens Zukunft waren Teil eines größeren globalen Kräftespiels v.a. der USA und der trotz der riesigen Kriegsverluste zur Großmacht aufsteigenden Sowjetunion.

Die Bilanz der deutsch-polnischen Beziehungen nach dem sechsjährigen Krieg läßt sich nur unter durchgehend negativen Vorzeichen ziehen.

³ Lothar Gruchmann, *Der Zweite Weltkrieg*. 5. Aufl., München 1978, S. 473 u. 481.

Das nationalsozialistische Deutschland hatte Polen überfallen, militärisch zerschlagen, territorial zerstückelt und zusammen mit der Sowjetunion aufgeteilt. Ein erheblicher Bevölkerungsteil war durch Kriegshandlungen umgekommen oder gezielt ermordet worden. Man hatte auf Menschen Jagd gemacht und sie als Zwangsarbeiter nach Deutschland transportiert. Das Land war ausgeplündert und wirtschaftlich ruiniert, die Städte, das Kommunikationswesen, die gesamte Infrastruktur waren hochgradig zerstört.

Die deutsche Wehrmacht hatte zunächst weite Teile Europas erobert und besetzt, seit Ende 1942/Anfang 1943 mit den Niederlagen in Afrika und Stalingrad aber alle Positionen bis hin zur völligen Auflösung wieder verloren. So brachte der Krieg schließlich auch dem Deutschen Reich hohe Bevölkerungsverluste, starke Zerstörungen seiner Städte und Industrien v.a. durch die Bombardierungen und zum Schluß den Verlust seiner östlichen Gebiete an Polen, verbunden mit Flucht und Vertreibung der dort ansässigen Deutschen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß diese hier aufgeführten Bilanzposten das deutsch-polnische Verhältnis determinierten, so daß — besonders was die Beziehungen zur späteren Bundesrepublik betrifft — zunächst kaum eine Wende eintreten, sondern höchstens eine Normalisierung angestrebt werden konnte.⁴ Auch dieser Normalisierungsprozeß kam nur sehr zögernd in Gang, und das hatte Gründe sehr verschiedener Art.

Zunächst erstaunt einmal, daß die eben kurz geschilderten Kriegsbelastungen und Kriegsfolgen in Polen und Deutschland unter verschiedenen Aspekten zu einer vergleichbaren Situation geführt hatten:

- Die großen Bevölkerungsverluste und der hohe Zerstörungsgrad wurden schon genannt.
- Hinzu kamen auf beiden Seiten bedeutende territoriale Veränderungen und, überwiegend als deren Folge, Bevölkerungsbewegungen riesigen Ausmaßes, die viele Millionen von Menschen betrafen. Sie kamen überwiegend durch Flucht, Umsiedlung und Zwangsaussiedlung aufgrund der Gebietsveränderungen zustande, aber auch Binnenbewegungen infolge der Städtezerstörungen gehören dazu. Kurzfristig brachten diese Bevölkerungsbewegungen v.a. logistische Probleme des Transports, der Unterbringung, Versorgung usw. mit sich. Auf längere Sicht wogen die damit eintretenden Diskontinuitäten gesamtgesellschaftlicher Strukturen schwerer.

⁴ Einen guten Überblick zum „Normalisierungs“-Problem bietet Jörg K. Hoensch, *Der Normalisierungsprozeß zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 12/13 (1990), S. 39-51.

- Auch unter staats- und völkerrechtlichen Gesichtspunkten gibt es auf beiden Seiten Vergleichbares, indem einerseits die Fortsetzung von Traditionen und Rechtsnachfolge angestrebt wurde, andererseits und gleichzeitig aber der Anspruch bestand, etwas Neues zu sein — dies auf deutscher Seite allerdings in recht unterschiedlicher Ausprägung bei den entstehenden beiden Staaten.
- Schließlich sei noch einmal an die Abhängigkeit beider Seiten von äußeren Mächten erinnert. Zwar traten die Alliierten in Deutschland zunächst als Siegermächte auf, die Sowjetunion in Polen als Freund und Verbündeter, aber in beiden Fällen galt von Anfang an und verstärkt während des Kalten Krieges, daß die Großmächte Einfluß auf die innen- und außenpolitischen Entscheidungen nahmen.

Die Bewältigung der anstehenden Aufgaben forderte in beiden Gesellschaften, besonders nach der Erschöpfung durch den Krieg, enorme Kraftanstrengungen und absorbierte einen großen Teil der noch vorhandenen Energien. Man darf daher wohl sagen, daß beide Seiten trotz des mit den Potsdamer Beschlüssen bestätigten Konfliktpotentials zunächst vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit nach außen richteten, sondern sich der Bewältigung ihrer inneren Schwierigkeiten widmeten.

Über die Gemeinsamkeiten der Situation in Polen und Deutschland nach 1945 dürfen die jeweiligen Spezifika nicht vergessen werden. Eine zusätzliche Last entstand für Polen durch die bürgerkriegsähnlichen Zustände, welche die kommunistische Machtübernahme begleiteten, die über das Kriegsende hinausgingen und schätzungsweise noch einmal ca. 30 000 Opfer forderten. Sicher waren diese Machtübernahme und die folgende Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft nach sozialistischem Muster nur durch massive sowjetische Unterstützung und Einmischung möglich. Nichtsdestoweniger bedeuteten sie einen tiefen Einschnitt in der staatlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Polens, so daß man hier, zumindest noch bis in die 70er Jahre, von einem Wendepunkt sprechen konnte.

Es ist im Rahmen dieses Vortrages nicht möglich, den Neuaufbau Polens auf den verschiedenen Ebenen des politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens auch nur in Umrissen darzustellen. Ich möchte an dieser Stelle nur auf zwei besonders umfangreiche Problemkomplexe verweisen, die bei der Überwindung der Kriegsfolgen zu bewältigen waren.

Unmittelbar mit der Westverschiebung des polnischen Staates hingen die schon erwähnten großen Migrationsbewegungen zusammen. Aus den an die Sowjetunion abgetretenen Gebieten wurden ca. 2,1 Millionen Menschen polnischer Abstammung, im offiziellen Sprachgebrauch hießen sie „Repatrianten“, ausgesiedelt und ganz überwiegend in den neu gewonne-

nen Westgebieten, aus denen die deutsche Bevölkerung hatte weichen müssen, angesiedelt. In diese ehemals deutschen Gebiete kamen außerdem 2,4 Millionen Umsiedler aus Zentralpolen und ca. 200 000 „Reemigranten“ überwiegend aus Frankreich und Belgien.⁵ Dies alles vor dem Hintergrund, daß die Bevölkerung schon zuvor durch die Kriegshandlungen und die Deportationen unter der Naziherrschaft hin und her getrieben worden war. In seinem Buch „Polen im Widerspruch“ faßt Feo Jernsson diese Situation in ein sehr eindringliches Bild: „Die gesamte Nation — bis auf wenige Ausnahmen — war sozusagen aus den Angeln gehoben worden, von Not und Gewalt heimgesucht und dann — bildlich gesprochen — an ein Ufer geworfen worden, an dem sie sich zurechtfinden mußte, ohne daß ihr dazu die vielleicht erforderliche Geduld entgegengebracht wurde.“⁶

Zu dieser Neuorientierung gehörte auch eine wirtschaftliche Umwandlung großen Ausmaßes. Polen hatte 1939 die Schwelle zur Industrialisierung gerade überschritten, war noch überwiegend agrarisch strukturiert gewesen. Mit dem Krieg war die Entwicklung nicht nur gestoppt, sondern zurückgedreht worden, so daß die Gesellschaft jetzt die Kriegsverluste überwinden und zugleich die Industrialisierung vorantreiben mußte. Hier brachte die Westverschiebung mit den teilweise hochindustrialisierten, ehemals deutschen Gebieten eine gewisse Erleichterung,⁷ aber auch diese Gebiete hatten stark unter dem Krieg gelitten, und insgesamt stand das neue Polen durch die Anhäufung der aus Menschenverlusten, Zerstörungen, Migrationsbewegungen und Industrialisierungsdruck resultierenden Schwierigkeiten vor kaum zu lösenden Aufgaben.

Das deutsche Volk sah sich nach der Niederlage zunächst mit dem Verlust seines Staates und der Aufteilung seines Territoriums konfrontiert. Die Westzonen, später die Bundesrepublik Deutschland, waren durch die sowjetische Besatzungszone bzw. die DDR von der neuen Volksrepublik Polen getrennt; es gab keine gemeinsame Grenze.

Zunächst mußten auch die Deutschen versuchen, den Zusammenbruch des nationalsozialistischen Systems und die Kriegsfolgen zu bewältigen. Dabei ging es in der ersten Zeit ums bloße Überleben. Neben den Einheimischen mußten rund 8,5 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene versorgt

⁵ Rhode, Beziehungen (wie Anm. 2), S. 9.

⁶ Feo Jernsson, Polen im Widerspruch. München 1987, S. 122.

⁷ „Durch die Westverschiebung Polens konnte die wirtschaftliche Entwicklung gefördert wie auch die ständige Überbevölkerung auf dem Lande beseitigt werden. Die alten Ostseehäfen, die an der Mündung der Oder und Weichsel lagen, konnten dadurch voll zur Entfaltung kommen.“ Mieczysław Tomala, Polen nach 1945. Stuttgart (u.a.) 1973, S. 88.

werden mit Nahrung, Energie, Unterkunft. Die Industrieproduktion fiel auf einen Tiefpunkt, Millionen von „Ausgebombten“ waren aus den zerstörten Städten aufs Land evakuiert worden. Ohne den Wiederaufbau und die politische Entwicklung im Nachkriegsdeutschland hier darstellen zu können, möchte ich doch einen Blick werfen auf das Problem der Flüchtlinge und der aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße Zwangsausgesiedelten. Ihre Eingliederung, insbesondere in die Gesellschaft der Bundesrepublik, ist aus heutiger Sicht beinahe problemlos gelungen. Ende der 40er Jahre war das durchaus nicht abzusehen.

Ich erinnere mich an einen Witz, der in dieser Zeit bei uns in Niedersachsen kursierte: Was haben der Mond und ein Flüchtling gemeinsam? Antwort: Beide kommen aus dem Osten und haben 'nen Hof.

Der Witz öffnet, aus der Sicht der Einheimischen, gleich eine ganze Reihe von Facetten der Situation. Die Neuankömmlinge wurden überwiegend mit dem Sammelbegriff „Flüchtlinge“ gekennzeichnet. Die Tatsache, vertrieben zu sein, prägte eher das Bewußtsein der Betroffenen selbst. Die „Flüchtlinge“ kamen aus dem *Osten*, die Herkunftsgebiete wurden von den Einheimischen nicht differenziert gesehen. Der kleine Witz spiegelt einerseits einen spannungsreichen Gegensatz zwischen Einheimischen und Flüchtlingen, ist aber zugleich ein Reflex der angelaufenen Integrationsmaßnahmen des neuen Staates. Unmittelbar nach Gründung der Bundesrepublik begannen hier die Bemühungen um einen „Lastenausgleich“, die in dem „Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notlagen“ (Soforthilfegesetz vom 8. August 1949) ihren ersten Niederschlag fanden.⁸ Wenn auch der eigentliche Lastenausgleich erst 1952 erfolgte, so war doch schon vorher klar, daß hiermit auch ein Ausgleich individuell erlittenen Schadens geleistet werden sollte. Der Witz läßt Neid und Argwohn der einheimischen Bevölkerung gegenüber den Flüchtlingen erkennen, die Befürchtung, diese könnten zu gut wegkommen, u.a. auch, indem sie den erlittenen Verlust viel zu hoch veranschlagten: „Wer aus dem Osten kommt, will Guts-, Hof- oder Hausbesitzer gewesen sein. Arme Leute hat es dort scheinbar nicht gegeben.“ Daß sich die vorhandenen Gegensätze nicht verschärften, daß die Integration der Menschen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten in die sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhänge des neuen Staates vielmehr mit ungeahnter Schnelligkeit voranging, dürfte in erster Linie auf die raschen wirtschaftlichen Fortschritte zurück-

⁸ Vgl. Christoph Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. 3. Aufl., Göttingen 1984, S. 240 ff.

zuführen sein, zu denen beide Gruppen beitrugen, an denen alle mehr oder weniger teilhatten.

So darf man vielleicht ein wenig zugespitzt sagen: Wenn auch das Elend von Flucht und Vertreibung bei den Betroffenen tiefe Spuren hinterlassen hatte, so entstand für die meisten von ihnen doch eine Perspektive, die sich auf eine Zukunft in der Bundesrepublik richtete. Selbst ihre 1950 geschaffene politische Organisation, der „Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“ (BHE), war als Interessenvertretung im Rahmen der Gesetzgebung tendenziell darauf programmiert, sich selbst wieder aufzulösen, und zwar um so schneller, je wirkungsvoller er die Interessen seiner Mitglieder und Wähler bei der Eingliederung vertrat. Allerdings erfolgte diese Integration nicht von heute auf morgen, und für mehr als zwei Jahrzehnte hat die Rücksichtnahme auf die Heimatvertriebenen und deren Organisationen die Politik der Bundesregierung beeinflusst.

Meine eingangs vertretene Auffassung, das Jahr 1945 stelle eher einen Tiefpunkt als einen Wendepunkt in den deutsch-polnischen Beziehungen dar, wird durch den häufig gebrauchten Terminus „Normalisierung“ gestützt, der als Forderung oder Beschreibung auf die Entwicklung in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten angewandt wurde und wird.⁹ Voraussetzung für die Normalisierung war, daß von deutscher Seite die durch den Zweiten Weltkrieg entstandenen Tatsachen, d.h. vor allem der Verlust der Gebiete jenseits von Oder und Neiße und die Zwangsaussiedlung der deutschen Bevölkerung, akzeptiert wurden. Nur so konnte der Prozeß dann auch auf die verschiedenen Ebenen des politischen und gesellschaftlichen Lebens übergreifen.

Durch die deutsche Teilung und die Orientierung der beiden deutschen Staaten nach Westen und Osten verlief der Normalisierungsprozeß entsprechend unterschiedlich. Die Beziehung Polens zur DDR gestaltete sich, von außen gesehen, unkompliziert. Der Görlitzer Vertrag zwischen der Volksrepublik Polen und der DDR vom 6.7.1950 bestimmte, „daß die festgelegte und bestehende Grenze die unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze ist, die die beiden Völker nicht trennt, sondern einigt“,¹⁰ und schuf damit die Grundlage für eine umfassende Zusammenarbeit auf allen Gebieten von der hohen Politik und wirtschaftlicher Kooperation bis hin zum regionalen Sportverkehr. „Zgorzelec war für uns ein Beweis der Glaubwürdigkeit der neuen Ostpolitik, die die Deutsche Demokratische Republik in die Wege leitete. Dieser Vertrag war der Prüf-

⁹ S. oben, Anm. 4.

¹⁰ Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der DDR. Bd. I, Berlin 1954, S. 349.

stein für eine volle Normalisierung der Beziehungen zwischen unseren Staaten“, schrieb Mieczysław Tomala 1973. Die Bedeutung dieses Schrittes für Polen unterstreicht er mit dem Hinweis: „(...) eine sichere Grenze mit den Deutschen war und ist für uns in Polen mehr als nur eine Grenze. Diese Grenze war seit 1918 von keiner deutschen Regierung anerkannt worden.“¹¹

Freilich war nicht zu übersehen, daß die DDR wie die Volksrepublik Polen Bestandteil des sowjetischen Machtblocks war und in ihrer Außenpolitik keine eigenen Wege gehen konnte. Die damit verbleibende Unsicherheit über den tatsächlichen Grad der Verständigung veranlaßte den amerikanischen Historiker Harry Kenneth Rosenthal 1976 zu einer Überlegung, die vom Rückblick der Jahre 1989/90 her eine besondere Bedeutung erhält: „In considering the evolution of German-Polish relations after the Second World War, the journalist, scholar, or diplomat has speculated about how the East German-Polish relations would develop were Soviet power removed. The observer could wonder whether they would approximate West German-Polish relations — whether the East Germans, given an opportunity to share in the life of the West, would vacation in Poland, purchase Polish products, read Polish books, watch Polish films, or compete often in Polish athletic competitions. In a sense, the answers to these questions would determine whether a true meeting of the two peoples has taken place along the Oder or whether the present East German-Polish relationship is merely a forced coexistence. Unfortunately for the purposes of historical scientific inquiry, since the Soviets show no signs of relinquishing either East Germany or Poland, the researchers probably will be unable to obtain answers to the questions of mass behavior for a long time.“¹²

Antworten werden die 90er Jahre unter den veränderten Verhältnissen geben; der Anfang, den wir erlebt haben, war nicht nur ermutigend. Es ist jedenfalls auch bemerkenswert, daß Rosenthal seinerzeit die Veränderungen im Polenbild der Bundesrepublik summa summarum positiver einschätzte als den neu geschaffenen und offiziell proklamierten Mythos der Interessengleichheit und natürlichen Kooperation der polnischen und deutschen Arbeiterklasse.¹³

Die Beziehungen zwischen der Volksrepublik Polen und den Westzonen bzw. der Bundesrepublik Deutschland waren von Anfang an kompli-

¹¹ Tomala, Polen (wie Anm. 7), S. 93.

¹² Harry Kenneth Rosenthal, *German and Pole. National Conflict and Modern Myth.* Gainesville, Fl. 1976, S. 130 f.

¹³ Ebenda, S. 136-142.

ziert. Im Verlauf des Kalten Krieges wurde die BRD schnell ein integraler Bestandteil des westlichen Lagers. Da der weitaus größte Teil der Flüchtlinge und Zwangsausgesiedelten hier Zuflucht gesucht hatte und ein beachtliches Wählerpotential darstellte, berücksichtigte die Bundesregierung lange Zeit auch deren Positionen und Forderungen. Der neue Staat sah sich als Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches und beharrte darauf, daß die Potsdamer Beschlüsse nur eine vorläufige Regelung seien. Bis auf die KPD waren sich alle Parteien darin einig, daß eine Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht in Frage komme. Die Fraktionen des Bundestages legten im Juni 1950 eine förmliche Rechtsverwahrung gegen das bevorstehende Grenzabkommen von Görlitz ein; als Reaktion auf die am 22.7.1952 angenommene volksdemokratische Verfassung Polens, in der die neuen Westgebiete als „wiedergewonnen und ewig zurückgekehrt“ bezeichnet wurden, stellte der Bundestag am 5.12.1952 mit großer Mehrheit in einer EntschlieÙung fest, Grenzregelungen könnten im Vorgriff auf einen zukünftigen Friedensvertrag keine Rechtsgültigkeit beanspruchen. Dementsprechend blieben Annäherungsversuche der polnischen Regierung in dieser Phase erfolglos bzw. erhielten keine Resonanz. Dazu zählen der Verzicht auf deutsche Reparationen am 24.8.1953 und die Erklärung vom 18.2.1955 über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland. Als Gomółka am 14.1.1957 die Bereitschaft zur Herstellung diplomatischer Beziehungen ohne Vorbedingungen signalisierte, lehnte die Regierung Adenauer eine Formalisierung der Beziehungen unter Berufung auf die Hallstein-Doktrin ab.¹⁴

Insgesamt kann man mit Blick auf die offizielle deutsche Politik feststellen, daß „es eine Ostpolitik in den fünfziger Jahren faktisch nicht gegeben (hat)“.¹⁵ Das heißt auch, daß es keine offensive Revisionspolitik gab, die den verbalen Attacken von Vertriebenenfunktionären und Politikern entsprochen hätte. Im Interesse seiner Integrationspolitik nach Westen versicherte Adenauer schon 1951 dem amerikanischen Außenminister Acheson: „Die Bundesregierung stellt keine Ansprüche und verlangt keine Bindungen der Alliierten hinsichtlich der Gebiete östlich der Oder-NeiÙe-Linie“¹⁶ — ein Hinweis darauf, daß die Alliierten schon früh erkennen lieÙen, sie seien, was die Grenzfrage betraf, an einer Änderung des Status quo nicht interessiert. Auch der von deutscher Seite wiederholt ausgesprochene Gewaltverzicht — z.B. in der „Charta der Heimatvertriebenen“ vom 5.8.1950 — bekommt im nachhinein wohl mehr Gewicht, als es

¹⁴ Vgl. Hoensch, NormalisierungsprozeÙ (wie Anm. 4), S. 40 ff.

¹⁵ Kleßmann, Staatsgründung (wie Anm. 8), S. 234.

¹⁶ Zitiert nach Hoensch, NormalisierungsprozeÙ (wie Anm. 4), S. 40.

in der damaligen tagespolitischen Auseinandersetzung den Anschein hatte. Insgesamt hatten diese Auseinandersetzungen, selbst in der Zeit des Kalten Krieges, einen weit weniger militanten Charakter als in der Zwischenkriegszeit. Der schon einmal zitierte amerikanische Historiker Harry K. Rosenthal, der die Veränderungen des Polenbildes in der deutschen Publizistik und wissenschaftlichen Literatur untersucht hat, urteilt: „There was little real bitterness in West Germany concerning the German-Polish border debate, at least in comparison to that of the Weimar period.“¹⁷

Unterhalb der offiziellen Ebene und in Gegenrichtung zu den politischen und publizistischen Aktivitäten der Vertriebenenorganisationen gab es schon früh auch Bemühungen um Verständigung und Annäherung. Auf die Rolle der beiden christlichen Kirchen, und zwar sowohl ihrer offiziellen Vertretungen als auch informeller Gruppen, sei hier besonders verwiesen. Es mag sein, daß die eher zarten Pflanzen der Annäherung und Verständigungsbereitschaft nur gedeihen konnten in dem überaus günstigen ökonomischen und politischen Klima der 60er Jahre: der gelungenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Eingliederung der Menschen aus den früheren deutschen Ostgebieten, des allgemeinen stetigen wirtschaftlichen Aufschwunges, der fortschreitenden Westintegration; aber diese teilweise wenig bemerkte Annäherung war Voraussetzung für die neue Ostpolitik der sozialliberalen Koalition, die mit einer wachsenden Zustimmung in der Bevölkerung rechnen konnte. Waren 1951 nur 7% der Bundesbürger bereit gewesen, die Oder-Neiße-Grenze zu akzeptieren, so sprachen sich 1967 46% für die Anerkennung aus; 1970 waren es bereits 58% und 1972 sogar 61%.¹⁸

Der Warschauer Vertrag vom 7.12.1970 „zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen“ kam gut 25 Jahre nach den Potsdamer Beschlüssen zustande. Aus heutiger Perspektive mag seine Bedeutung zwischen dem Umbruch 1945 und den spektakulären Ereignissen der Jahre 1989–1991 etwas zurücktreten. Ich habe aber meine Überlegungen bis zu diesem Punkt hin ausgedehnt, weil ich für uns alle hier abschließend zumindest als Frage formulieren möchte, ob dieser Vertrag nicht den eigentlichen Wendepunkt der deutsch-polnischen Beziehungen markiert.

¹⁷ Rosenthal, *German* (wie Anm. 12), S. 130.

¹⁸ Hoensch, *Normalisierungsprozeß* (wie Anm. 4), S. 40 u. 46.

